



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Johannes Becher, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Andreas Krahl, Claudia Köhler** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen I – Zugang zu Kita, Jugendhilfe, psychosozialer Versorgung für geflüchtete Frauen, Kinder und Jugendliche aus der Ukraine

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine fliehen in Europa gerade so viele Menschen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Darunter vor allem Frauen, Kinder und Jugendliche. Diesen Kindern und Jugendlichen muss ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere auf frühkindliche, außerschulische wie schulische Bildung, garantiert werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,

- die Bildung und Betreuung der geflüchteten Kinder in Kindertageseinrichtungen und den Zugang von geflüchteten Jugendlichen zu Angeboten der Jugendhilfe unbürokratisch zu ermöglichen,
- für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihren Familien die Betreuung, Bildung und Pflege in heilpädagogischen Fördereinrichtungen zu ermöglichen,
- die Kommunen sowie die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe bei dieser immensen Herausforderung personell, organisatorisch und finanziell zu unterstützen,
- einen Notfallplan für die psychosoziale Versorgung der geflüchteten Menschen aufzusetzen, unkomplizierten Zugang zur traumatherapeutischen Versorgung zu ermöglichen und Übersetzungsleistungen zur Verfügung zu stellen,
- unkomplizierten Zugang zur medizinischen Versorgung zu ermöglichen,
- Kurse zum sprachlichen Erwerb und Orientierung für (junge) Erwachsene verstärkt aufzusetzen,
- die in der Coronapandemie gegründete Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen“, bestehend aus Wohlfahrtsverbänden und Kommunalen Spitzenverbänden, für die Bewältigung der aktuellen Fluchtbewegungen zu reaktivieren.

Begründung:

Vor allem Frauen, Kinder und Jugendliche flüchten derzeit aufgrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine aus ihrem Land unter anderem nach Bayern. Vor diesem Hintergrund braucht es schnellstmöglich eine gute Versorgungsstruktur gezielt für diesen Personen-

kreis, um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – insbesondere in der frühkindlichen, außerschulischen und schulischen Bildung – schnellstmöglich zu ermöglichen. So wird die Grundvoraussetzung für ein gutes Ankommen in Bayern geschaffen und das Leid der geflüchteten Menschen gelindert.